

Anlage 2

Unbesetzte Stellen in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) zum Stichtag 31.08.2020

Zum Stichtag 31.08.2020 waren im Gemeindehaushalt 3.588,5 Stellen unbesetzt (Vorjahr: 3.353,6). Bei einer internen Fluktuation von rund 7,5% und unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, bzw. der Umsetzung des Haushaltsicherheitspakets liegen diese Vakanzen im normalen Rahmen.

Die unbesetzten Stellen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Referate:

| Referat | Unbesetzte Stellen (VZÄ) zum Stichtag 31.08.2020 | |
|---|--|---|
| | alle unbesetzten Stellen | davon länger als 12 Monate unbesetzt ² |
| Direktorium ¹ | 51,3 | 6,5 |
| Revisionsamt | 20,8 | 5,0 |
| IT- Referat | 41,3 | 20,8 |
| Baureferat | 288,6 | 64,7 |
| Referat für Gesundheit u. Umwelt | 97,2 | 24,5 |
| Kommunalreferat ¹ | 185,0 | 89,9 |
| Kreisverwaltungsreferat | 399,2 | 98,8 |
| Kulturreferat | 71,5 | 25,0 |
| Personal- und Organisationsreferat | 60,7 | 8,6 |
| Zentrale Personalbetreuung | 90,0 | 37,0 |
| Referat für Stadtplanung und Bauordnung | 113,9 | 18,1 |
| Referat für Bildung u. Sport | 1.467,1 | 344,6 |
| Sozialreferat ¹ | 541,0 | 174,2 |
| Sozialreferat - Jobcenter | 47,8 | 11,0 |
| Stadtkämmerei | 93,3 | 22,7 |
| Referat für Arbeit und Wirtschaft | 19,8 | 3,5 |
| Summe | 3.588,5 | 955,0 |

¹inkl. rechtlich unselbständiger Stiftungen

² Besetzungsverfahren sind im Gange bzw. konkrete Planungen der Referate zur Verwendung liegen vor

73,4 Prozent (2.633,5 Stellen) dieser insgesamt 3.588,5 Stellen waren weniger als 12 Monate vakant. Diese können zum einen im Jahr 2019 und 2020 beschlossenen neuen Stellen sowie der üblichen Fluktuation zugeordnet werden.

Der Erziehungsdienst (651,5 VZÄ) und der Lehrdienst (539,5 VZÄ) zusammen ergeben 33,2 % der unbesetzten Stellen.

Diese Stellen gehören zur stellenplanmäßigen Ausstattung. Im Erziehungsdienst dienen sie auch zur Sicherung des Anstellungsschlüssels. Die Besetzung ist sukzessive durch Neueinstellungen und Umsetzungen geplant, die allerdings im Erziehungsdienst durch den erheblichen Mangel an ausgebildeten Bewerber*innen erschwert ist.